

evangelischer Kirchenbote

Sonntagsblatt
für die Pfalz
seit 1846

Sonntag, 16. April 2017

Ausgabe 16

Und hat uns bracht das Leben

Christ lag in Todesbanden,
für unsre Sünd gegeben,
der ist wieder erstanden
und hat uns bracht das Leben.
Des wir sollen fröhlich sein,
Gott loben und dankbar sein
und singen Halleluja.

Halleluja.

Den Tod niemand zwingen konnt
bei allen Menschenkindern;
das macht alles unsre Sünd,
kein Unschuld war zu finden.

Davon kam der Tod so bald
und nahm über uns Gewalt,
hielt uns in seim Reich gefangen.

Halleluja.

Jesus Christus, Gottes Sohn,
an unser Statt ist kommen
und hat die Sünd abgetan,
damit dem Tod genommen
all sein Recht und sein Gewalt;
da bleibt nichts denn Tods Gestalt,
den Stachel hat er verloren.

Halleluja.

So feiern wir das hoh Fest
mit Herzensfreud und Wonne,
das uns der Herr scheinen lässt.

Er ist selber die Sonne,
der durch seiner Gnaden Glanz
erleucht' unsre Herzen ganz;
der Sünden Nacht ist vergangen.

Halleluja.

*Martin Luther, 1524
aus: EG 101*



Mehr Mut zur reformatorischen Freiheit

Mut und Freiheit waren die zentralen Begriffe der Kirchen-Kultur-Tage in Speyer anlässlich der Feiern zum 500. Reformationsjubiläum. Den Beginn machte in der Gedächtniskirche Altbundespräsident Christian Wulff (Bild) in der Reihe „500 Jahre Reformation“ von KIRCHENBOTE und „Rheinpfalz“ (Sei-

ten 4 und 5). Ein Programm aus Musik, Theater und Informationen begleitete den Besuch des „Reformations-Trucks“ der evangelischen Kirche, der als ein zentrales Projekt der Reformationsfeiern auf seinem Stationenweg 67 Städte in 19 europäischen Ländern verbindet (Seite 3). *KB/Foto: Landry*

Allen Leserinnen und Lesern
wünschen Redaktion und Verlag
ein frohes Osterfest.



Kommentar

Vom Präsidenten zum engagierten Mutbürger

von Klaus Koch

Wenn alle demokratisch gesinnten Menschen in Europa mutig ihre Stimme erheben, hat die Vernunft doch noch eine Chance. Altbundespräsident Christian Wulff hat in der Speyerer Gedächtniskirche der Protestation eine fulminante Rede für gesellschaftliche Offenheit, für kulturelle Vielfalt und gegen Angst, Abschottung und Fremdenfeindlichkeit gehalten. Aus dem verdrückten, tragisch gescheiterten Bundespräsidenten ist ein ebenso gelassener wie engagierter Mutbürger geworden.

Wulff steht zu seinem legendär gewordenen Satz, dass der Islam inzwischen zu Deutschland gehöre. Doch eine solche Zugehörigkeit hat Folgen. Wer in Deutschland lebt, hat sich an die Regeln des Grundgesetzes zu halten. Für Wulff gehört beides zusammen. Nur wenn jemand in eine Gemeinschaft aufgenommen wird, kann diese verlangen, dass er ihre Vorschriften verfolgt. Es ist Unsinn, einem Menschen zu sagen, er dürfe nicht mitspielen, habe sich aber dennoch strikt an die Spielregeln zu halten. Wulffs Überzeugung von einer integrationsfähigen Gesellschaft gipfelt in der Zuversicht, dass Deutschland die Muslime stärker verändern werde als die Muslime Deutschland.

Und in der Tat besteht Hoffnung, dass Wulffs Optimismus berechtigt ist. Es gibt Anzeichen, dass in Europa etwas vorgeht, das an die Tragödientheorie des griechischen Philosophen Aristoteles erinnert. Erst muss das Publikum Jammer und Schrecken (eleos

und phobos) durchmachen, bevor es gereinigt und geläutert (katharsis) das Theater verlässt. Wie erstarrt haben viele Menschen die Hasstiraden der Pegida-Anhänger, den Brexit der Briten und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten verfolgt. Doch jetzt scheint die Stimmung umzuschlagen. Die Holländer haben den Rechtsextremen weit weniger Stimmen gegeben als befürchtet. Die Bewegung „Pulse of Europe“ lockt Tausende auf die Straßen, die Umfragewerte der AfD sinken. Und die Chancen stehen nicht schlecht, dass die Franzosen den Front National in die Schranken weisen.

Doch sicher ist diese Umkehr nicht. Terror und Globalisierung verängstigen viele Menschen weiterhin. Und das Internet schafft Räume für die immer gleichen ungeprüften Schreckens- und Falschmeldungen, und durch seine Anonymität ist es ein Instrument für immer hemmungsloser ansteigende Empörungsspiralen gegen die liberale Gesellschaft und ihre Institutionen. Dagegen helfen nur seriöse Informationen und eigenständiges Denken. Und auch da sorgt Wulffs Auftritt für Überraschung. Gerade er, der durch eine, zumindest in weiten Teilen unangemessene, hetzerische und unprofessionelle Medienkampagne aus dem Amt geschrieben und gesendet wurde, hält ein flammendes Plädoyer für Qualitätsmedien als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Der jüngste Altpäsident Deutschlands füllt dieses nirgends vorgesehene Amt beeindruckend profiliert aus.

Gegen Not im Südsudan

Hungermarsch in Schifferstadt sammelt zum 30. Mal Spenden

Der 30. Ökumenische Hungermarsch in Schifferstadt sammelt am 30. April Spenden für die unter einem Bürgerkrieg und einer Hungersnot leidenden Menschen im Südsudan. Mit den „erlaufenen“ Spendengeldern würden Projekte der Friedens- und Versöhnungsarbeit des ökumenischen Missionswerks „mission 21“ mit Sitz in Basel unterstützt, sagte Gerhard Sellinger von der Arbeitsgruppe Ökumenischer Hungermarsch.

Teilnehmen könne jeder, der eine Strecke von fünf, zehn oder 20 Kilometern bewältigen könne. Die etwa 120 Marschierer bitten Familie oder Freunde, für jeden zurückgelegten Kilometer einen selbst gewählten Betrag zu spenden. Seit 1988 veranstaltet eine ökumenische Arbeitsgruppe jährlich Hungermärsche für Projekte in Afrika, Asien und Südamerika. Bisher hat die Aktion insgesamt 741 000 Euro für die „Hilfe zur Selbsthilfe“ gesammelt.

Gemeinsam mit ihrer Partnerkirche, der Presbyterianischen Kirche im Süd-

sudan, will „mission 21“ mit den südsudanesischen Konfliktparteien Wege zu gewaltfreien Konfliktlösungen erarbeiten. Dazu gibt es Führungstrainings für die Oberhäupter von Bevölkerungsgruppen, Friedens-Workshops für Jugendliche sowie Führungsseminare für Pfarrerinnen, Pfarrer und Älteste. Die südsudanesischen Kirchen engagierten sich stark in der Friedens-, Versöhnungs-, Bildungs- und Traumaarbeit und müssten dabei international besser unterstützt werden, sagte die Baseler Entwicklungsexpertin Karin Augustat von „mission 21“. Die christliche Religion sei im Südsudan das wichtigste einigende Element in der Bevölkerung.

In dem ethnisch aufgeladenen Konflikt zwischen Regierung und Rebellengruppen im Südsudan, einem der ärmsten Länder der Welt, wurden seit 2013 mehr als 300 000 Menschen getötet. Rund 2,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, eine Million Menschen sind vom Hunger bedroht. *epd*



Bisher über 700 000 Euro erlaufen: Teilnehmer des Hungermarschs 2016. Foto: Landry

Vergleich im Streit um Habilitationsschrift über Albert Schweitzer

Gutachter der Universität Mainz erkennen erhebliche Mängel – Autor kritisiert Befangenheit – Gericht gestattet Versuch zu anderem Thema

Ein langwieriger Streit um eine unkonventionelle Habilitationsschrift über Albert Schweitzer (1875 bis 1965) ist vor dem Mainzer Verwaltungsgericht mit einem Vergleich zu Ende gegangen. Die Universität Mainz und der Theologe und Buchautor Sebastian Moll einigten sich darauf, dass Moll an der evangelisch-theologischen Fakultät zu einem neuen Thema erneut die Eröffnung eines Habilitationsverfahrens beantragen kann (Aktenzeichen: 3K161/16.MZ). Die erste Arbeit des Theologen, die sich mit bislang unbekanntem Aspekten in der Biografie Schweitzers befasste, war von drei Gutachtern unter Verweis auf erhebliche Mängel abgelehnt worden.

Bereits 2014 war die Schrift „Der autobiografische und der historische Al-

bert Schweitzer“ auch in Buchform unter dem Titel „Albert Schweitzer: Meister der Selbstinszenierung“ erschienen.

Keine bedeutenden neuen Erkenntnisse

Die Gutachter bemängelten unter anderem, dass in dem Text nicht der komplette aktuelle Forschungsstand zu dem Theologen, Philosophen und Arzt dargestellt worden sei und sahen keine bedeutenden neuen Forschungserkenntnisse. Moll warf den Gutachtern im Gegenzug Befangenheit und Verfahrensfehler vor. In seinen Publikationen hatte er zuvor wiederholt deutliche Kritik am Zustand der wissenschaftlichen

Theologie und der evangelischen Kirche geübt, sie sei zu sehr der politischen Korrektheit verpflichtet.

Das Mainzer Verwaltungsgericht machte deutlich, dass die Klage kaum Aussicht auf Erfolg haben würde. Kritikpunkte wie die mangelhafte Betreuung des Habilitationsverfahrens und Vorbehalte gegen die Gutachter hätten bereits vor dem Abliefern der fertigen Arbeit vorgebracht werden müssen. Bei der Bewertung einer Arbeit hätten die Prüfer zudem durchaus einen Spielraum für subjektive Entscheidungen, solange keine allgemeinen Maßstäbe verletzt würden.

Der vor Gericht geschlossene Vergleich ist hingegen für beide Seiten akzeptabel. Moll sagte dem Evangelischen

Pressedienst (epd), er sei froh über den Ausgang des Rechtsstreits. Ob und zu welchem Thema er nun einen neuen Anlauf für eine Habilitation starten werde, könne er aber noch nicht sagen. Der Theologe ist mittlerweile Studienleiter bei der freikirchlichen Akademie für pastorale Führungskräfte in Bingen.

Da die Vorbereitung einer Habilitation normalerweise mehrere Jahre beansprucht und die Autoren gewöhnlich an ihrer Fakultät eingebunden sind, werden fertige Habilitationsschriften extrem selten abgelehnt, ohne dass eine Möglichkeit zum Nachbessern gewährt wird. An der Mainzer Gutenberg-Universität gab es nach Angaben der Hochschule seit 20 Jahren keinen einzigen vergleichbaren Fall. *epd*

Unsere Thesen zur Reformation

„Aus Liebe zur Wahrheit – Speyerer Thesen zur Reformation“ hieß die Reihe zum 500. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers in Wittenberg, die im April 2009 begann und in der vergangenen Woche beendet wurde. Die Chefredakteure von KIRCHENBOTE und „Rheinpfalz“ haben auch zur 14. Veranstaltung Thesen formuliert.

Hartmut Metzger: 1. Die Zunahme von Egoismus und Nationalismus auch in unserer Gesellschaft lässt den Rückzug christlicher Werte erkennen. Christen sind zur Freiheit und Verantwortung berufen. Sie sind daher im Sinne der Gemeinschaft Gegner von Gleichgültigkeit, Egoismus und Ignoranz. Ein Mehr an Christentum in dieser multiethnischen Gesellschaft ist zum Nutzen aller.

2. Deutschland steht in Gefahr, gespalten zu werden. Beide großen Kirchen dürfen daher nicht zuerst danach fragen, was sie trennt. Sie müssen danach fragen, was sie von ihrem Auftrag her für den Zusammenhalt zwischen Alt und Jung, zwischen Reich und Arm, zwischen Einheimischen und Zugewanderten beitragen können. Kirche lebt in dieser Welt und mitten in dieser Zeit.

3. Deutschland ist das Land der Aufklärung, in dem jeder glauben kann, was er will, und niemand etwas glauben muss. Aber Demokratie ist nicht von Gott gegeben. Sie ist immer gefährdet und muss ständig verteidigt werden. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Synagogen, Kirchen und Moscheen friedlich nebeneinander stehen und ein neues Fundament schaffen können.

Michael Garthe: 1. Deutschland ist Einwanderungsland. In Deutschland gibt es eine Vielfalt der Kulturen. Wir müssen diese Realitäten anerkennen, damit wir sie gestalten können. Unser Ziel ist es dabei, Einheit in Vielfalt zu erreichen. Unser vom christlichen Glauben, von der Aufklärung und vom Humanismus geprägtes Wertesystem ist die denkbar beste Grundlage dafür.

2. In der Verantwortung der Politik liegt es, eine Einheit der Gesellschaft anzustreben, in der die Deutschen und die Migranten sich wohlfühlen. Sie müssen ein konstruktives Miteinander der Kulturen bewirken. Das kann gelingen, wenn die Politiker zuhören, die Bedenken in der Bevölkerung ernst nehmen, wenn sie Überzeugungsarbeit leisten und nicht agitieren.

3. In der Verantwortung der Medien liegt es, durch umfassende Informationen, durch erklärende Hintergründe und durch profunde Meinungsangebote einen gesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen und zur Meinungsbildung beizutragen. Sie sind nicht die vierte Gewalt im Staate. Sie stacheln nicht an und nicht auf. Sie sind ein Organ der Information und der Kontrolle. *KB*

Christian Wulff macht Mut zum Mut

„Grundwerte der freiheitlichen Demokratie verteidigen“ – Veranstaltungsreihe zur Reformation beendet



Hat die jüngere Generation aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen (von rechts): Bundespräsident a.D. Christian Wulff mit den Schülern Alina Zielke, Elias Sattelberger, Dario Resch neben den Chefredakteuren Michael Garthe und Hartmut Metzger. *Foto: Landry*

Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hat an alle gesellschaftlichen Gruppen appelliert, gemeinsam die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu verteidigen. Angesichts des verstärkten Drucks durch Rassismus, Populismus und Nationalismus sei der Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland bedroht, sagte der 57-jährige CDU-Politiker in Speyer bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Viele Kulturen – eine Gesellschaft“. Damit endete die 14-teilige Veranstaltungsreihe „Aus Liebe zur Wahrheit – Speyerer Thesen zur Reformation“, die der KIRCHENBOTE und die „Rheinpfalz“ seit 2009 ausgerichtet haben.

Mehr Mut sei nötig, um die großen Herausforderungen durch Terrorismus, Globalisierung und Digitalisierung zu bewältigen, sagte Wulff, der von 2010 bis zu seinem Rücktritt im Februar

2012 Bundespräsident war. Die Basis des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland müsse das Grundgesetz sein.

Klare Haltung und das Grundgesetz achten

„Nichts ist garantiert, dass es so bleibt“, warnte das frühere Staatsoberhaupt vor einem möglichen Rückfall in ein politisches Chaos. Das Gebot der Stunde sei es, „Maß und Mitte zu halten“, neues Vertrauen in die politischen Institutionen zu entwickeln und einem von Rechtspopulisten in ganz Europa verbreiteten „apokalyptischen Denken“ zu widersprechen. Vor allem die jüngere Generation sei gefordert, Verantwortung zu übernehmen. „Wir brauchen Demokraten, die die Mitte stärken, um

die radikalen Ränder zu schwächen“, sagte Wulff. Mit Blick auf den Flüchtlingszuzug warnte Wulff davor, irrationalen Ängsten nachzugeben. „500 Millionen Europäern muss es doch möglich sein, dass sie drei Millionen syrische Flüchtlinge aufnehmen und auf Zeit und Dauer beherbergen können“, sagte Wulff. Alle in Deutschland zusammenlebenden Menschen müssten aber eine „klare Haltung“ zeigen und das Grundgesetz achten.

Das Land könne auf die hohe Qualität seiner Medien stolz sein, sagte Wulff, der als Bundespräsident im Zuge einer Affäre um angebliche Vorteilsnahme im Amt in Kritik geriet und schließlich zurücktrat. Allerdings vergäßen die über ihre Zukunft verunsicherten Medien manchmal, „dass sie Macht und Verantwortung haben“, sagte Wulff. *epd*

► Kommentar auf Seite 4.

Neue Zuversicht in die Integration gewonnen

Umfrage unter Besuchern des Podiumsgesprächs – Ex-Bundespräsident legt Positionen überzeugend dar

Christian Wulff habe ihnen neue Zuversicht gegeben, dass die Integration anderer Kulturen in Deutschland, auch muslimischer Flüchtlinge, gelingen könne. Das sagten 15 von 17 Besuchern dem KIRCHENBOTEN nach der Veranstaltung in einer Umfrage.

Der ehemalige Bundespräsident sei die ideale Besetzung für das Thema „Viele Kulturen – eine Gesellschaft“ gewesen, bemerkte Günter Schmadtke aus Bad Dürkheim. „Seine Ansichten hat er mit Beispielen und Fakten informativ und beeindruckend belegt, das ist kein Oberflächler“, ergänzte Sieglinde Reis aus Frankenthal. Seine Position sei überzeugend, weil er sie in seinem Amt als Bundespräsident und auch jetzt noch auf Auslandsreisen gewonnen ha-

be. Unterhaltsam sei er noch dazu gewesen, meinte Louise Reinfank aus Bad Dürkheim. „Seine Analyse war sehr zutreffend für unsere momentane Befindlichkeit in Deutschland“, urteilte Richard Entzminger aus Römerberg.

Sie bewundere den Mut, mit dem er offen sein Konzept der Integration vertrete, sagte Sabine Mayer aus Lambsheim. „Gerade solche Menschen, die integrieren können und wissen, wie es geht, brauchen wir dringend“, meinte Ursula Fuhrmann aus Germersheim. Bewundernd zeigten sich einige Befragte, wie gelassen Wulff sich darüber äußerte, dass er das Amt des Bundespräsidenten verloren habe. „Es freut mich, dass er sich weiter politisch engagiert, er hat eine konstruktive Art“, bekannte

Elfriede Bein aus Neuhofen. „Ich bedaure, dass er nicht länger Bundespräsident war. Er hätte noch einiges bewegt“, schätzte Marliese Kühn aus Haßloch.

Dass sich auch Jugendliche am Podiumsgespräch mit dem Ex-Bundespräsidenten beteiligt haben, freute einige Befragte besonders. Sie hätten ihre Sache gut gemacht, die Fragen seien sachlich und fundiert gewesen, betonten Colleen Towns-Eger und Olga Schmadtke aus Bad Dürkheim. „Die Schüler waren frischer als die beiden Journalisten“, feixte Hanni Töws. Dass Wulff in Sachen Demokratie und Wahlen den unter 30-Jährigen eine wichtige Bedeutung beimesse, sei interessant, sagte Monika Stabel aus Speyer. „Aber die waren ja in der Veranstaltung kaum vertreten.“ *dob*